

wirkung dieses Artikels ist also unbestritten, und es wurde in der Zwischenzeit auch bereits erfolgreich davon Gebrauch gemacht.

Bevor wir uns anschicken, ein Lohngleichheitsgesetz zu schaffen, müsste man doch zuerst prüfen, ob die Möglichkeiten des geltenden Rechts voll ausgeschöpft worden sind, welche Rechtsmittel zur Verfügung stehen und wieweit davon Gebrauch gemacht wurde. Auf die Direktanwendbarkeit des Artikels 4 Absatz 2 habe ich bereits hingewiesen. Weitere Möglichkeiten bestehen auf gesamtarbeitsvertraglicher Ebene. Der Bundesrat erklärt Gesamtarbeitsverträge nur noch dann als allgemeinverbindlich, wenn sie dem Lohngleichheitsgrundsatz entsprechen; Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen haben ein gemeinsames Interesse, dass die vertraglich statuierte Lohngleichheit eingehalten wird. Im Gesamtarbeitsvertrag kann festgehalten werden, dass die Vertragspartner gemeinsam beim Richter auf Feststellung klagen können, wenn die Lohngleichheit verletzt wird. Erstaunlich ist – und das kam auch in verschiedenen Voten zum Ausdruck –, dass diese rechtlichen Möglichkeiten kaum genutzt werden. Bevor man im jetzigen Zeitpunkt zu einem neuen Gesetz schreitet, müssen wir uns doch fragen, warum das so ist.

Wenn es die Angst vor der Kündigung wäre, so stellt sich die Frage, weshalb denn in anderen arbeitsrechtlichen Streitigkeiten nicht davor zurückgeschreckt wird, das Gericht anzurufen. Wenn es um die Angst vor der Kündigung geht, dann gilt es doch, am richtigen Ort anzusetzen, und das ist beim Ausbau des Kündigungsschutzes. Sie haben das Kündigungsschutzgesetz verabschiedet, und wir haben dort einen Artikel, der sagt, dass eine Kündigung dann missbräuchlich ist, wenn ein Arbeitnehmer sich auf ein gesetzliches, verfassungsmässiges oder vertragliches Recht beruft. Selbstverständlich ist der gleiche Lohn für gleichwertige Arbeit ein Verfassungsrecht; eine Kündigung aus diesem Grunde wäre also missbräuchlich. Wie Sie wissen, hat in der Zwischenzeit ja auch der Ständerat beschlossen, auf dieses Gesetz einzutreten.

Eine weitere Schwierigkeit liegt darin, dass es schwer festzustellen ist, wann eine Arbeit gleichwertig ist. Diese Schwierigkeit besteht in der Tat, aber dieses Problem wird von der Initiative Jaggi nicht erfasst, hingegen von ihrem Postulat. Frau Jaggi hat folgerichtig gesagt, dass ihr Postulat weiter gehe als ihre Initiative. Ich werde auf diesen Aspekt zurückkommen. Es steht auch nicht fest, wie viele Fälle durch Vergleich erledigt worden sind, ohne dass es zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung gekommen ist.

Der Bundesrat ist der Auffassung, dass zunächst die Rechtstatsachenforschung vorangetrieben werden soll, bevor neue Gesetze erlassen werden. Bemerkenswert ist auch die Entwicklung, dass anfänglich keine Klagen eingereicht wurden, dass wir nun aber innert kurzer Frist zwei Gerichtsurteile haben, und zwar eines auf dem öffentlichen Sektor und eines auf dem Privatsektor. Es ist nicht auszuschliessen und sogar wahrscheinlich, dass sich das Bundesgericht in Kürze zu einer solchen Frage aussprechen wird. Die Wirkung eines solchen Urteils müsste, nach Auffassung des Bundesrates, abgewartet werden, um die Tauglichkeit der direkten Anwendbarkeit des verfassungsmässigen Lohnanspruchs beurteilen zu können. Bei der Schaffung des Verfassungsartikels ging man davon aus, dass die Gerichte eher als der Gesetzgeber in der Lage seien, gestützt auf Einzelfälle sukzessive Grundsätze zu entwickeln, was gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit bedeutet. Der Beweis des Gegenteils ist bisher nicht erbracht.

Der Bundesrat legt auch Wert darauf, dass die Kantone grundsätzlich bei ihren Organisations- und Verfahrensfragen frei bleiben. In der Diskussion wurde zu oft kein Unterschied zwischen Prozessvertretung und selbständiger Klagelegitimation gemacht. Wir betrachten es als sinnvoll, dass die Berufsorganisationen Prozessvertretungen übernehmen können. Gewisse Kantone sehen diese Prozessvertretung auch vor, und es wäre wünschenswert, dass dort, wo noch Einschränkungen bestehen, die Kantone entsprechend Abhilfe schaffen würden.

Wir werden Ihnen in den nächsten Monaten ein ausführliches Rechtsetzungsprogramm zur Beseitigung im Bundesrecht noch vorhandener Ungleichheiten zwischen Mann und Frau vorlegen. Die Priorität der Rechtsetzung liegt für uns eindeutig dort, wo das Gesetz selbst noch Ungleichheiten enthält, und nicht dort, wo schon von Verfassungen wegen ein Anspruch auf Gleichbehandlung besteht.

Der Bundesrat beantragt Ihnen deshalb, auf die Initiative nicht einzutreten. Hingegen ist er bereit, das Postulat Jaggi mit ähnlichem Inhalt entgegenzunehmen, obwohl dieses Postulat – ich wiederhole das – weiter geht als der Inhalt der Initiative. Das Postulat verlangt die Prüfung, inwieweit in einem Gesetz die Gleichwertigkeit zu definieren sei, es verlangt die Prüfung, ob nicht die Beweislast in solchen Verfahren umzukehren sei, und es verlangt die Prüfung von Vertretungsmöglichkeiten durch Verbände.

Mit der Annahme dieses Postulates bringt der Bundesrat zum Ausdruck, dass die Rechtstatsachenforschung über die Gründe und das Ausmass der Lohngleichheiten vertieft werden muss, dass die Gerichtspraxis aufmerksam verfolgt werden muss und dass eine Bundesregelung nicht auszuschliessen ist, wenn das Prozessrecht der Kantone und die Gerichtspraxis nicht zum Erfolg führen sollten. Im heutigen Zeitpunkt erachtet er aber die Einsetzung einer parlamentarischen Kommission für die Verwirklichung dieses Anliegens als verfrüht. Es scheint ihm auch unzweckmässig und nicht ökonomisch, wenn sich gleichzeitig eine parlamentarische Kommission und die Verwaltung mit ähnlichen Aufgaben befassen.

Eines kann ich Ihnen jetzt schon versichern: dass das Postulat Jaggi, wenn es überwiesen wird, mit aller Aufmerksamkeit in meinem Departement behandelt wird.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit (Folgegebung)	87 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	89 Stimmen

83.962

Postulat Jaggi Gleicher Lohn. Anwendung Egalité des salaires. Application du principe

Text des Postulats vom 16. Dezember 1983

Der Bundesrat wird eingeladen, sich zur Frage zu äussern, ob es wünschbar sei, gesetzliche Normen zu schaffen, damit der Grundsatz des gleichen Lohnes (Mann und Frau haben für gleichwertige Arbeit Anspruch auf gleichen Lohn) verwirklicht werden kann. Der Gesetzgeber sollte vor allem Kriterien für die Bewertung der Arbeit festlegen, die klageberechtigten Personen und Organisationen angeben und die Beweislast regeln. Eine Klärung dieser Punkte auf dem Gesetzgebungsweg würde es erlauben, den Grundsatz des gleichen Lohns für gleichwertige Arbeit durchzusetzen, der seit dem 4. Juni 1981 in der Verfassung steht und dessen Anwendung vor allem aufgrund der bestehenden Lücken offensichtlich auf grosse Schwierigkeiten stösst.

Texte du postulat du 16 décembre 1983

Le Conseil fédéral est prié de se prononcer sur l'opportunité de légiférer en vue de permettre la réalisation du principe de l'égalité des salaires versés aux hommes et aux femmes pour un travail de valeur égale. A cette fin, le législateur devrait notamment préciser les critères applicables pour la

détermination de la valeur du travail, les personnes et organisations ayant qualité pour agir ainsi que les responsabilités pour l'administration des preuves. En clarifiant les différents points, la loi permettrait de réaliser le principe du salaire égal pour un travail de valeur égale, inscrit depuis le 14 juin 1981 dans la constitution, et dont l'application se heurte manifestement à de graves difficultés, particulièrement en raison des lacunes précitées.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aubry, Blunschy, Borel, Bréaz, Carobbio, Chopard, Christinat, Clivaz, Darbellay, Deneys, Eppenberger-Nesslau, Fankhauser, Friedli, Gloor, Grendelmeier, Gurtner, Kopp, Leuenberger Moritz, Longet, Mauch, Meyer-Berne, Morf, Nauer, Petitpierre, Pini, Pitte-loud, Rebeaud, Riesen-Fribourg, Robbiani, Ruch-Zuchwil, Ruffy, Segmüller, Stamm Judith, Uchtenhagen, Vannay, Weber Monika, Weber-Arbon (37)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Le législateur l'a expressément voulu: le principe selon lequel «les hommes et les femmes ont droit à un salaire égal pour un travail de valeur égale» est directement applicable par le juge. Or, deux ans et demi après l'inscription de ce principe dans la constitution fédérale, force est de constater que la jurisprudence n'a guère eu l'occasion de se former: le seul tribunal consulté s'est d'abord récusé pour une question de forme, et, obligé d'entrer en matière à la suite d'un recours au Tribunal fédéral, ne s'est pas encore prononcé quant au fond.

Les tribunaux n'ont donc pas eu à faire à l'afflux de plaintes que certains avaient prédit, bien que l'écart moyen entre les salaires versés aux hommes et aux femmes demeure supérieur à 25 pour cent dans la plupart des branches du secteur privé. La «timidité» des femmes s'explique bien sûr avant tout par l'absence de toute protection légale contre les licenciements abusifs. Mais il y a aussi le fait que, dans la pratique, l'application du principe posé par la dernière phrase de l'article 4, 2^e alinéa, Cst. féd., se heurte à des difficultés assez graves pour que l'on doive s'interroger sur l'opportunité de faire intervenir le législateur – ou l'autorité administrative – pour créer les conditions dans lesquelles l'effet direct pourra effectivement se déployer. Cette éventualité avait d'ailleurs été envisagée par le Conseil fédéral lui-même, dans son message du 14 novembre 1979 sur l'initiative populaire «pour l'égalité des droits entre hommes et femmes»: «Le législateur est aussi appelé à légiférer en matière de salaire en vertu de la deuxième phrase de la nouvelle disposition constitutionnelle, dans la mesure où la réalisation du principe de l'égalité des salaires l'exige» (Message 79.076, ch. 533, p. 76, de l'édition française).

Concrètement, il y aurait au moins trois points à clarifier, sous peine de voir le juge hésiter à se prononcer – et plus encore les personnes s'estimant discriminées hésiter à intenter action. Tout d'abord, il s'agirait de préciser les critères permettant de déterminer la valeur du travail; il importe moins de savoir si cet éclaircissement doit être apporté par la loi ou par des directives officielles que d'offrir au juge les éléments qui devraient lui permettre d'apprécier le degré d'(in)égalité de travaux effectués par les hommes et les femmes en cause. En outre il faudrait régler la question de la légitimation active, laquelle pour des raisons évidentes doit être reconnue aussi à des organisations, notamment syndicales et féminines (ces dernières pour autant que leur statuts les habilite à défendre les intérêts matériels de leurs membres), le cas échéant aussi à une ou plusieurs commissions ad hoc bien connues du public. Enfin, et surtout si cette question de la légitimation active des associations, respectivement d'instances spécialisées, ne devait pas être tranchée dans un sens largement positif, il serait indispensable de prévoir une répartition autre que traditionnelle du fardeau de la preuve: si les personnes doivent agir individuellement, il faut absolument qu'en cas de différend il incombe à l'employeur de démontrer qu'il traite hommes et femmes de la même façon en matière de rémunération du travail.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 22. Februar 1984

Déclaration écrite du Conseil fédéral du 22 février 1984

Le Conseil fédéral est prêt à accepter le postulat.

Präsident: Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Herr Steffen hat es bekämpft.

Abstimmung – Vote

Für Überweisung des Postulates
Dagegen

131 Stimmen
2 Stimmen

85.503

Motion Robert

Entwicklungshilfe und Exportrisikogarantie.

Ökologischer Aspekt

Aide au développement et garantie contre les risques à l'exportation. Impératifs écologiques

Wortlaut der Motion vom 20. Juni 1985

Alle durch den Bund im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, der humanitären Hilfe, der Investitions- und Exportrisikogarantie geförderten Projekte und Programme in Entwicklungsländern sind vor dem Entscheid rechtzeitig dem Bundesamt für Umweltschutz zur Stellungnahme vorzulegen, sofern der Bundesbeitrag oder die Garantiesumme 10 Millionen Franken übersteigen. Der Bundesrat wird eingeladen, alle dazu erforderlichen Massnahmen zu treffen und gegebenenfalls dem Parlament Anträge zu unterbreiten.

Texte de la motion du 20 juin 1985

Tous les projets et les programmes encouragés par la Confédération dans les pays en développement, au titre de la coopération au développement, de l'aide humanitaire, ainsi que de la garantie contre les risques en matière d'investissements et d'exportation, doivent être soumis à temps à l'Office fédéral de la protection de l'environnement avant qu'une décision soit prise, lorsque la subvention fédérale ou la garantie dépasse 10 millions de francs. Le Conseil fédéral est invité à prendre toutes mesures utiles et à présenter au besoin des propositions au Parlement.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Ammann-St.Gallen, Bäumlín, Blunschy, Borel, Braunschweig, Bréaz, Carobbio, Chopard, Darbellay, Frankhauser, Friedli, Grendelmeier, Günter, Leuenberger-Solothurn, Longet, Maeder-Appenzell, Mauch, Meyer-Bern, Müller-Bachs, Oester, Petitpierre, Pitte-loud, Rebeaud, Renschler, Rohrer, Ruffy, Salvioni, Stamm Judith, Weder-Basel, Zwygart (30)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

In letzter Zeit ist man vermehrt auf die Umweltauswirkungen von grossen Entwicklungsvorhaben in der Dritten Welt aufmerksam geworden. Namentlich die grossen Staudämme standen im Brennpunkt des Interesses. Ihre tiefgreifenden Auswirkungen auf die Landwirtschaft, die Waldbestände, den Reichtum an Tier- und Pflanzenarten, die Gesundheit und Kultur der Bevölkerung sind bei den Entscheiden überhaupt nicht oder nur ungenügend berücksichtigt worden. Zusammen mit der schweizerischen Privatwirtschaft hat sich auch der Bund an verschiedenen Staudammprojekten entweder über Entwicklungsgelder (El Cajon, Honduras) oder über die Exportrisikogarantie (z. B. Manantali, Mali, und zahlreiche weitere Dammbauten) beteiligt. Die Vernach-

Postulat Jaggi Gleicher Lohn. Anwendung

Postulat Jaggi Egalité des salaires. Application du principe

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1985
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	18
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	83.962
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	04.10.1985 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1809-1810
Page	
Pagina	
Ref. No	20 013 757

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.